

Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien - eine Folge von Modernisierungsprozessen?

Binder, Tanja

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Binder, T. (2005). *Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien - eine Folge von Modernisierungsprozessen?* (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie, Abteilung Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen, 2005-203). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-117102>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Tanja Binder

Die Wahlerfolge rechtspopulistischer
Parteien – eine Folge von
Modernisierungsprozessen?

Best.-Nr. SP IV 2005-203

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Veröffentlichungsreihe der Abteilung **Demokratie:
Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen**
des Forschungsschwerpunkts Zivilgesellschaft, Konflikte
und Demokratie

ISSN 1612-1899

Berlin, September 2005

Zitierweise:

Binder, Tanja, 2005:

Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien –
eine Folge von Modernisierungsprozessen?

Discussion Paper SP IV 2005-203.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Kurzzusammenfassung

Das Auftreten neuer Parteien hat viele westeuropäische Parteiensysteme in den letzten 30 Jahren nachhaltig verändert. Insbesondere der Erfolg rechtspopulistischer Parteien wird als kritisches Symptom für den Zustand der Demokratien angesehen. Welche Ursachen und Erklärungen gibt es für diesen Erfolg? Drei Gründe legen nahe, dass Rechtspopulismus eine Folge von Modernisierungsprozessen ist. Aus der theoretischen, sozialpsychologischen Perspektive spricht einiges dafür, dass es sich um ein Epiphänomen von Entfremdung, relativer Deprivation und Bedrohungsangst handelt. Empirisch sprechen für diese Hypothese die Koinzidenz von beschleunigten Modernisierungsprozessen und rechtspopulistischen Wahlerfolgen sowie die Angebotsstruktur dieser Parteien, die genau auf die von der Sozialpsychologie beschriebenen Affekte und Bedürfnisse abstellt.

Abstract

In the last three decades, the emergence of right-wing populist parties has caused ongoing party system changes in many Western European countries. The success of right-wing populism is often interpreted as a crisis of contemporary democracy. What are the reasons and explanations for this electoral success? Frequently it is argued that modernization processes and their consequences are a basic condition for the rise of right-wing parties. Three aspects make this plausible. Firstly, the sociopsychological theory argues that right-wing populism is a symptom of alienation and relative deprivation in a society. Secondly, the empirical coincidence of modernization processes and the success of right-wing populists support the hypothesis. Finally, right-wing populist supplies take up exactly those affects and requirements that are described by the sociopsychological perspective.

Tanja Binder

Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien – eine Folge von Modernisierungsprozessen?

In den letzten 30 Jahren haben sich viele westeuropäische Parteiensysteme durch das Auftreten neuer Parteien nachhaltig verändert. Neben ökologischen – grünen – Parteien sind rechtspopulistische Parteien in Erscheinung getreten. Letztere werden als kritisches Symptom für den Zustand der Demokratien und als Ausdruck von Desintegration und Verdrossenheit angesehen. Die Erfolgsbilanzen dieser Parteien, gemessen an ihren Stimmen- oder Mandatsanteilen, sind unterschiedlich. Die meisten rechtspopulistischen Parteien waren in der Lage ihre Stimmenanteile auszuweiten, ihre Wahlerfolge zu verstetigen und so zu einem relevanten Akteur im Parteiensystem zu werden. Einigen Parteien ist es sogar gelungen aus ihrer Rolle einer Protest- oder Oppositionspartei herauszutreten. So sind in Italien, Österreich und der Schweiz rechtspopulistische Parteien formell an der Regierung beteiligt und in Dänemark und Norwegen stützen sie Minderheitsregierungen. Die prominentesten Beispiele erfolgreicher rechtspopulistischer Parteien sind die Freiheitliche Partei Österreichs¹, die Schweizer Volkspartei, der französische Front National und die skandinavischen Fortschrittsparteien.

Die Ursachen für den Erfolg dieser Parteien sollen Modernisierungsprozesse und diese begleitende Krisensymptome sein. In der Forschung wird davon ausgegangen, dass vor allem zwei Faktoren den Erfolg rechtspopulistischer Parteien begünstigen.²

1. Sozioökonomische und -kulturelle Veränderungen tragen dazu bei, dass rechtspopulistische Wählerpotentiale entstehen. Durch verstärkten sozioökonomischen Druck, Individualisierung, die Auflösung traditioneller Milieus, und durch Entfremdung nehmen Verlustängste in der Bevölkerung zu. Diese Veränderungen setzen wichtige Mobilisierungspotentiale für diese neuen rechtspopulistischen Parteien frei (Swank/Betz 2003: 35/36).

1 Inzwischen hat sich die FPÖ nach parteiinternen Konflikten und auf Initiative Haiders gespalten. Auf nationaler Ebene ist nun das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) unter der Führung Haiders Nachfolger der FPÖ. Das heißt die Mandatare und Regierungsmitglieder sind zum BZÖ übergetreten. Die FPÖ besteht allerdings fort. Bislang ist nicht absehbar, ob es dem neuen BZÖ gelingen wird die Landesverbände und die Basis der FPÖ für sich zu gewinnen.

2 In dieser Hinsicht stimmen die meisten Populismusforscher überein, wenn auch unterschiedliche Gewichtungen einzelner Faktoren vorgenommen werden. Vgl. Decker, 2004: 25 ff., Puhle, 2003: 38 ff.

2. Außerdem wird der Erfolg rechtspopulistischer Parteien auf die abnehmende Leistungsfähigkeit politischer Systeme und das Unvermögen etablierter Parteien, auf Modernisierungsfolgen und neue Problemlagen angemessen zu reagieren, zurückgeführt (Betz 1994: 26-29; Decker 2004: 27-28).

Demnach sind rechtspopulistische Parteien nicht nur ein Symptom tief greifender Veränderungen soziokultureller oder -ökonomischer Natur, sondern Ausdruck von Leistungsdefiziten oder der als defizitär wahrgenommenen Performanz der politischen Systeme.³

Empirische Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Modernisierungsprozessen und dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien überprüfen, gibt es allerdings kaum.⁴

Ziel der vorliegenden Analyse ist es den Erfolg rechtspopulistischer Parteien vor dem Hintergrund fortschreitender Modernisierungsprozesse zu untersuchen. Wichtige Modernisierungsprozesse, die westeuropäische Gesellschaften nachhaltig verändert haben, gehen mit Denationalisierung und Individualisierung einher. Deshalb wird anhand einer Makroanalyse mit neun Ländern getestet, ob sozioökonomischer, -kultureller und politischer Wandel den Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien begünstigt.

Denationalisierung und Individualisierung

Westeuropäische Gesellschaften haben sich in den letzten 30 Jahren insbesondere durch Individualisierungs- und Denationalisierungsprozesse stark verändert. Dabei handelt es sich um Modernisierungsprozesse, die unterschiedliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfasst haben. Individualisierungsprozesse, das heißt die Auflösung und Säkularisierung traditioneller Sozialmilieus, haben zur Ausdifferenzierung und Partikularisierung der Gesellschaften geführt. Dadurch wurden die Anforderungen an den Nationalstaat als Integrationsmechanismus moderner Gesellschaften vielfältiger. Durch Denationalisierungsprozesse⁵ wurde die Integrationskraft des Nationalstaats als zentrale Steuerungseinheit moderner Gesellschaften außerdem geschwächt (Berking 2001: 100). Als wichtigster Referenzpunkt gesellschaftlicher Identität und Selbstzuschreibung besteht er allerdings fort. Dadurch entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen den Erwartungen, die in den

3 Diese Einschätzung wird in der Forschung weitgehend geteilt, unabhängig davon ob diese Parteien in der Tradition rechtsextremistischer und faschistischer Bewegungen gesehen werden, oder ob sie als neuartiges Phänomen verstanden und als rechtspopulistisch bezeichnet werden.

4 Zu den wenigen Ausnahmen zählen Swank/Betz (2003), die den Effekt wohlfahrtsstaatlicher Regime auf rechtspopulistische Erfolge in Zeiten der Globalisierung untersucht haben.

5 Der Begriff Denationalisierung ist aufgrund der Vielfältigkeit der angesprochenen Prozesse nach Zürn (2001: 111) zutreffender als der Begriff Globalisierung.

Nationalstaat gesetzt werden, und den tatsächlichen Steuerungs- und Integrationskapazitäten des Nationalstaats (Loch 2001: 481).

Nach Loch/Heitmeyer (2001: 11 ff.) sind die drei am stärksten betroffenen, zuvor primär nationalstaatlicher Regulierung unterliegenden Bereiche (I) die ökonomische, (II) die soziokulturelle und (III) die politische Sphäre.

Entsprechend werden im Folgenden diese Denationalisierungsprozesse in den drei Bereichen auch begrifflich unterschieden:

Ökonomische Globalisierung (I) bezeichnet den neuartigen und beschleunigten Austausch von Kapital, Waren und Dienstleistungen. Durch die weltweite Integration der Märkte werden nationalstaatlicher Politik Steuerungsmöglichkeiten entzogen. Bleiben entsprechende Anpassungsleistungen aus, wird die sozioökonomische Performanz des Nationalstaats beeinträchtigt. Zunehmende sozioökonomische Desintegration bestimmter Bevölkerungsgruppen und wachsende Statusängste können daraus resultieren.

Politische Transnationalisierung (II) bedeutet die Verschiebung politischer Entscheidungen von der nationalen auf eine übergeordnete, supranationale Ebene. Der Nationalstaat als souveräne, politische Entscheidungsinstanz verliert damit an Bedeutung und Ansehen. Dies verstärkt Entfremdungsprozesse, Politik- und Demokratieverdrossenheit, da politische Entscheidungen und Verantwortlichkeit nur noch schwer nachvollziehbar sind.

Soziokulturelle Internationalisierung (III) meint die Ausdifferenzierung von Gesellschaften durch Migrations- und Kommunikationsprozesse: Einerseits wird dadurch eine internationale Homogenisierung, andererseits die Heterogenisierung innerhalb des Nationalstaats bedingt. Die Wahrnehmung kultureller Differenz verstärkt sich (Zürn 2001: 119-124). Die Ausdifferenzierung und Partikularisierung von Gesellschaften, Erscheinungen der Individualisierungsprozesse, werden weiter beschleunigt. Wachsende Verlust- und Bedrohungsmomente für die kulturelle Identität sind eine mögliche Folge davon.

Deutlich wird, dass Denationalisierungsprozesse eine objektive und subjektive Dimension haben. Das objektiv messbare Ausmaß von Globalisierung, Transnationalisierung, Internationalisierung und Individualisierung sowie die subjektive Wahrnehmung und Deutung dieser Prozesse auf individueller Ebene und ihr Ausdruck in Bedrohungs- und Verlustmomenten.

Rechtspopulismus – eine Antwort auf die Modernisierungsängste der Bürger?

Rechtspopulismus als eine Folge von Modernisierungsprozessen anzusehen ist aus zwei Gründen nahe liegend: Erstens, aufgrund der zeitlichen Koinzidenz von diesen Verände-

rungen und dem Auftreten rechtspopulistischer Parteien. Zweitens haben diese Parteien mit ihren Strategien diese Prozesse und ihre Folgen aufgegriffen.

Bevor diese Strategien kurz exemplarisch erörtert werden, ist zunächst eine Definition des hier zugrunde gelegten Rechtspopulismusbegriffs erforderlich, da es bislang keinen Konsens in der Forschung darüber gibt. In Anlehnung an die Definition von Puhle wird Rechtspopulismus als ein Typ von Populismus verstanden (Puhle 2003: 32, 35-37). Die Definition von Rechtspopulismus stützt sich auf zwei zentrale Merkmale des übergeordneten Begriffs:

Erstens beruft sich Populismus auf eine imaginäre, identitäre Gemeinschaft, eines aufgrund variabler Kriterien abgrenzbaren Kollektivs. Diese Gemeinschaft, ‚das Volk‘, und das a priori festgelegte Gemeinwohl haben erste Priorität und dienen der Legitimierung der verfolgten politischen Ziele. Rechtspopulismus zeichnet sich durch einen ethnisch oder national bestimmten Gemeinschaftsbegriff aus.

Zweitens kennzeichnet Populismus eine bestimmte Strategie, einen politischen Stil, der darauf abzielt, möglichst breite, unmittelbare Unterstützung zu gewinnen (Canovan 1981: 261; Puhle, 2003: 16). Daraus ergibt sich ein spezifisches Politikverständnis, das sich durch die radikale Kritik an den (politischen) Eliten und die Dichotomisierung zwischen Beherrschten („Volk“) und Herrschenden auszeichnet.

Nach Puhle (2003: 17 f.) ist das Zusammentreffen der beiden genannten Merkmale wesentlich bei Populismus. Rhetorik, Argumentationsweise und deren Inhalte gehen Hand in Hand.⁶

Auf der Basis dieser Definition kann eine Partei als rechtspopulistisch angesehen werden, wenn:

- politische Themen, die Fragen der Identität betreffen betont, ein exklusives Identitätsverständnis zugrunde gelegt und sehr restriktive Positionen dazu eingenommen werden;
- durchgreifende Reformen des politischen Systems gefordert werden und eine radikale und oft polemische Kritik an dem bestehenden politischen System und seinen Eliten geäußert wird.⁷

Die rechtspopulistischen Strategien bezüglich der angesprochenen Denationalisierungsprozesse können hier nur anhand weniger Beispiele skizzenhaft dargestellt werden. Zwischen

6 Zu früheren Klassifizierungen vgl. Canovan (1981), Ionescu/Gellner (1969). Puhles Klassifikation, die an Canovan anknüpft, unterscheidet „klassische“ Populismen von Neo-Populismen. Dabei stellt Rechtspopulismus eine Variante des Neo-Populismus dar, die sich in erster Linie durch ihren historischen Entstehungskontext, ihrem Verhältnis zum Staat und daraus resultierender Politikzielen auszeichnet (Puhle 2003: 16, 32-36).

7 Die Lösungsangebote rechtspopulistischer Parteien sind stark komplexitätsreduziert, was sich ihrer Radikalität niederschlägt. Die radikale Vereinfachung ist ein wichtiges strategisches Mittel dieser Parteien, mit dem sie Aufmerksamkeit erzielen und ihre Angebote einer breiten Öffentlichkeit verständlich machen.

den Parteien gibt es zwar erhebliche programmatische Differenzen und bei den einzelnen Parteien wird ein sehr „flexibler“ Umgang mit einzelnen Positionen gepflegt, dennoch lassen sich einige zentrale Gemeinsamkeiten erkennen. Sowohl die ökonomische Globalisierung, die politische Transnationalisierung und die soziokulturelle Internationalisierung werden von diesen Parteien in der Regel abgelehnt bzw. scharf kritisiert:

Die Kritik an der ökonomischen Globalisierung wurde vom Front National bzw. Le Pen in besonderer Weise zugespitzt, da er nicht von einem neutralen Prozess „*mondialisation*“, sondern von „*mondialisme*“ spricht und damit eine politisch-ideologische Induzierung des Prozesses unterstellt.⁸ Damit werden nicht nur die gesellschaftlichen Folgen ökonomischer Globalisierung kritisiert, sondern auch der Prozess an sich. Viele der rechtspopulistischen Parteien haben in wirtschaftspolitischen Fragen ein wechselhaftes, oft auch widersprüchliches Profil. Ihre wirtschaftspolitischen Positionen orientieren sich oft eher an strategischen Erfordernissen als an ideologischen Grundsätzen.⁹ So wird etwa der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft verlangt, zugleich aber angemessenere Sozialtransfers für Familien oder Rentner gefordert. Gemein ist ihnen, dass sie Bedrohungs- und Verlustängste aufgreifen, die durch den erhöhten Wettbewerbsdruck entstehen. Das Bild, das Rechtspopulisten häufig gezielt einsetzen, um diese Ängste zu schüren, ist der drohende Statusverlust des ‚kleinen Mannes‘ durch Arbeitslosigkeit und Kürzungen der Sozialtransfers. Verantwortlich seien ‚korrupte Eliten‘ und ‚Sozialschmarotzer‘ oder Migranten müssen als Sündenböcke herhalten.

Der Betonung nationaler Identität von Seiten der Rechtspopulisten entspricht die scharfe Kritik an der Transnationalisierung politischer Entscheidungen. Dafür kann das Europawahlprogramm der FPÖ „*Heimvorteil für Österreich*“ von 1999 als Musterbeispiel gelesen werden. Die Europäische Union wird darin als wirtschaftliche Bedrohung und Beispiel für politische Korruption, die EU-Osterweiterung als kulturelle Bedrohung dargestellt. In den Ländern, in denen Volksbegehren oder -abstimmungen zu Themen der Europäischen Integration stattgefunden haben, taten sich rechtspopulistische Parteien mit ähnlichen betont europakritischen Positionen hervor.¹⁰

8 Vgl. Front National: 300 mesures pour la renaissance de la France. Front National programme de gouvernement. Paris, 1993: 15. Bei Aubry/Duhamel (1995: 159) wird Le Pen sogar als Erfinder des Begriffs „*mondialisme*“ bezeichnet.

9 Betz (2001: 169-179) zeigt an den Beispielen Lega Nord, FPÖ und Front National, wie sich die wirtschaftspolitischen Profile rechtspopulistischer Parteien verändert haben. Dabei orientieren sich rechtspopulistische Programmatik einerseits an der eigenen gesellschaftlichen Basis andererseits an Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierung.

10 Zuletzt machten die rechtspopulistischen Parteien im Rahmen des Ratifizierungsprozesses des Europäischen Verfassungsvertrags ihre europakritische Haltung deutlich (s. aktuelle Internetseiten der einzelnen Parteien). Im Falle der Schweiz mobilisierte die SVP zuletzt gegen den Schengen-Beitritt der Schweiz, über den am 05.06.2005 abgestimmt wurde.

Am vehementesten wird von den rechtspopulistischen Parteien jedoch die soziokulturelle Heterogenisierung kritisiert. Unisono vertreten sie in der Zuwanderungs- und Asylpolitik äußerst restriktive, nationalistische bisweilen rassistische Positionen. Die Wahrung der kulturellen Identität – national oder ethnisch bestimmt – ist das vorherrschende Thema in ihren programmatischen Aussagen.

Nicht nur die radikalen, ablehnenden Positionen in diesen Bereichen, sondern auch die Verknüpfung der unterschiedlichen Themenbereiche mit Bedrohungsszenarien ist für rechtspopulistische Parteien typisch. Wohlfahrtschauvinistische Positionen, die Migration als Gefahr für den individuellen und allgemeinen Wohlstand darstellen, sind ebenso charakteristisch wie die Verkettung politischer Sachfragen mit der diffamierenden Kritik an dem bestehenden politischen System und den etablierten politischen Eliten.¹¹ Die Kombination xenophober und protektionistischer Positionen mit dem populistischen Appell, der Volk und Eliten in einen unversöhnlichen Kontrast setzt, erweist sich bisher auch als einer der entscheidenden Erfolgsfaktoren dieser Parteien im politischen Wettbewerb (Ivarsflaten 2002). Rechtspopulistische Parteien sprechen damit Bedürfnisse an, die augenscheinlich aus Sicht einer beachtlichen Zahl von Bürgern durch die etablierten Parteien nicht gedeckt sind.

Zu den erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien, die mit entsprechenden Strategien wiederholt bei nationalen Wahlen Parlamentsmandate erringen konnten können insgesamt neun Parteien in Westeuropa gezählt werden. Die Grafik verdeutlicht, dass deren Erfolgsbilanzen, gemessen an ihren Stimmenanteilen, sehr wechselhaft ausgefallen sind. Den meisten Parteien ist es aber gelungen, ihre Stimmenanteile zu vergrößern und ihre Wählerbasis zu festigen.

Nur in wenigen Fällen, wie bei der schwedischen Ny Demokratie (NyD) traf die Erwartung zu, dass diese Parteien ebenso schnell wieder verschwinden würden wie sie aufgetaucht waren – bei der Lijst Pim Fortuyn (LPF) in den Niederlanden kündigt sich eine ähnliche Entwicklung an.¹²

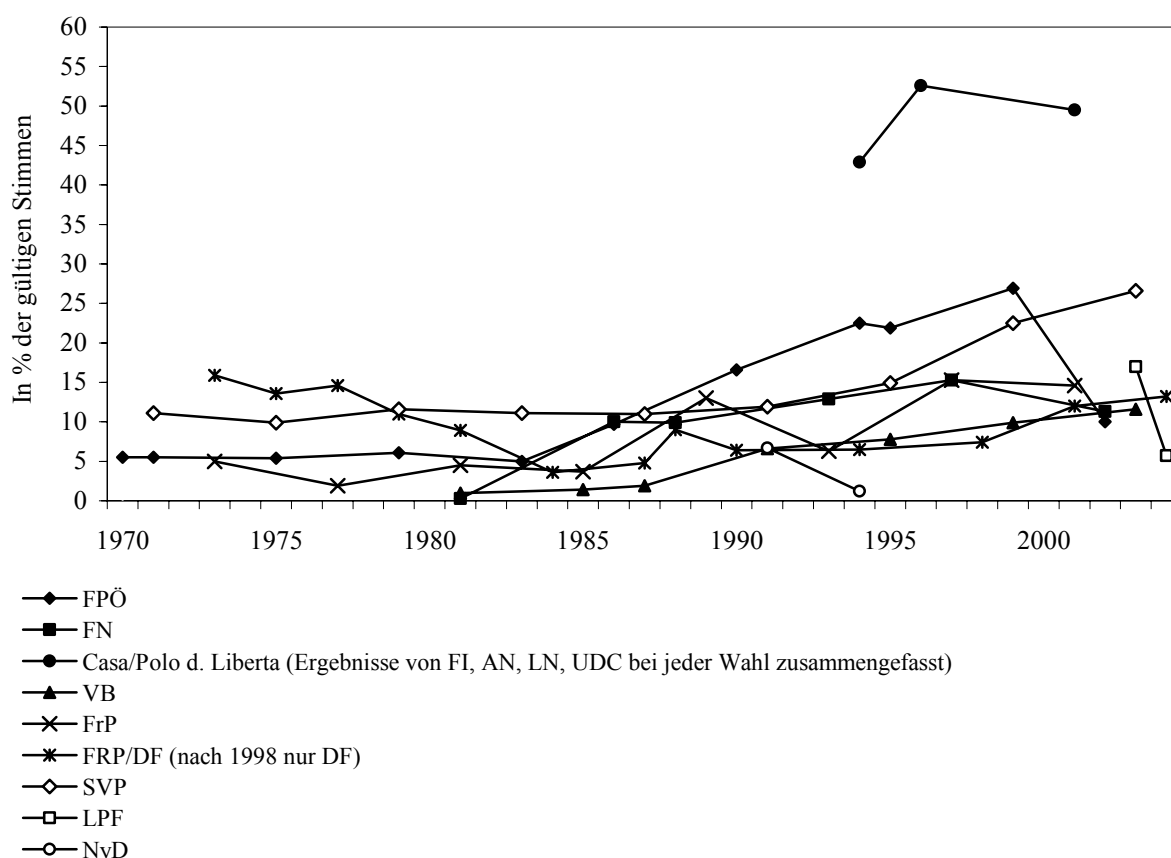
Die ersten Erfolge rechtspopulistischer Parteien in den 1970er Jahren waren in Norwegen und Dänemark zu beobachten. Bei der dänischen Fremskridtspartiet (FRP) kam es in den 1980ern zu Stimmenverlusten, und innerparteiliche Konflikte haben dazu beigetragen, dass sich die Partei Ende der 1990er Jahre spaltete und bald darauf von der erfolgreicheren

11 Äußerungen wie Le Pens Ausspruch ‚3 Millionen Arbeitslose sind 3 Millionen Migranten zuviel‘ finden sich in nahezu jedem Programm rechtspopulistischer Parteien wieder. Eine Liste mit den aktuellen Internetadressen rechtspopulistischer Parteien, wo entsprechende Aussagen zu finden sind, ist im Anhang beigefügt.

12 Insbesondere in den Medien, aber auch von Seiten der etablierten Parteien wurde und wird in der Öffentlichkeit gerne der vorübergehende Protestcharakter rechtspopulistischer Wahlerfolge betont. Aber auch in der Wissenschaft ist diese Einschätzung verbreitet. Decker (2004: 25/26) spricht, wenn auch in historischer Perspektive, von der ‚Kurzlebigkeit der meisten Populismen‘ und dass es sich dabei meistens um ein vorübergehendes Phänomen handele.

Dansk Folkeparti (DF) in ihrer Rolle abgelöst wurde. Die norwegische Fremskrittspartiet (FrP) hat vor allem in den 1990er Jahren ihre Stimmenanteile deutlich ausgebaut. Auch der FN und etwas später sein belgisches Pendant – der Vlaams Blok bzw. seit kurzem Vlaams Belang (VB) – konnten kontinuierlich ihre Wählerbasis ausdehnen. Heute ist bei beiden Parteien von einem sicheren Stimmenanteil von zehn bis fünfzehn Prozent auszugehen.

Schaubild 1: Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa bei nationalen Wahlen



Die größten Stimmenzuwächse konnten das rechtspopulistische Wahlbündnis von Berlusconi in Italien und die Schweizer Volkspartei (SVP) in den vergangenen zehn Jahren sowie die FPÖ nach 1990 verbuchen. Sie waren die ersten rechtspopulistischen Parteien, die formell an der Regierung beteiligt wurden, oder wie im Falle Berlusconis die Regierungspolitik alleine bestimmten. In Nordeuropa ist es rechtspopulistischen Parteien ebenfalls gelungen, aus der Rolle einer Protest- oder Oppositionspartei herauszutreten. In Dänemark und Norwegen unterstützen Rechtspopulisten seit einigen Jahren Minderheitsregierungen. Entgegen früherer Prognosen haben sich rechtspopulistische Parteien nicht als temporäre

Protesterscheinungen erwiesen, sondern haben sich als einflussreiche Akteure in den Parteiensystemen etabliert.

Hypothesen und Operationalisierung

Folgende Hypothesen lassen sich aufgrund der getroffenen Überlegungen und analog zu den unterschiedlichen Dimensionen der Modernisierung formulieren:

Rechtspopulistische Wahlerfolge werden begünstigt durch das Ausmaß und Fortschreiten der Modernisierung und diese begleitende Phänomene sowie die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas. Im Einzelnen durch:

1. die ökonomische Globalisierung und die daraus resultierende Abhängigkeit nationaler Wirtschaftssysteme und verschlechterten sozioökonomische Leistungsbilanzen sowie zunehmende ökonomische Verlustängste;
2. die fortschreitende politische Transnationalisierung durch die europäische Integration und politische Entfremdungsprozesse;
3. zunehmende soziokulturelle Heterogenisierung durch Individualisierung und Migration, gesellschaftlichen Wertewandel und die veränderte Bedeutung des Nationalstaats als Identifikationspunkt.

Dabei handelt es sich um äußerst komplexe Prozesse, die für eine empirische Analyse nur näherungsweise durch quantitative Indikatoren erfasst werden können. In der Untersuchung wurden verschiedene makro-ökonomische, bevölkerungsstatistische und politische Messgrößen sowie aggregierte Individualdaten für die einzelnen Dimensionen herangezogen.¹³

Als Maß der ökonomischen Globalisierung kann die Nettohandelsrate gelten, da sie Ausdruck für eine aktive Handelsbilanz und damit für die erfolgreiche Integration auf internationalen Märkten, aber auch für die Abhängigkeit der nationalen Wirtschaft von internationalen Entwicklungen ist. Die sozioökonomische Leistungsbilanz wird gemessen am Wirtschaftswachstum, an der Arbeitslosenquote und wohlfahrtsstaatlichen Indikatoren. Nach einer Analyse von Swank/Betz (2003) hat der Wohlfahrtsstaat – hier durch die Sozialtransferquote und Sozialausgabenquote einbezogen – eine abfedernde Wirkung hinsicht-

13 Da es sich zum Teil um sehr lange Beobachtungszeiträume handelt und die Vergleichbarkeit der Daten über die Zeit und die Länder hinweg sehr wichtig ist, wurden vor allem OECD- und Eurostat-Daten verwendet. Vereinzelt bestehen deshalb trotzdem Lücken in den Daten, insbesondere am Anfang oder Ende der Zeitreihen. Die aggregierten Individualdaten zur Messung der subjektiven Dimension wurden aufgrund der hohen Vergleichbarkeit aus den Eurobarometer Trendfiles 1970-2002 berechnet.¹³ Das hat leider zur Folge, dass diese Indikatoren für die Schweiz zu keinem Zeitpunkt, für Österreich sowie Schweden erst ab 1994 und für Norwegen nur von 1990 bis 1996 verfügbar sind.

lich der Globalisierungsfolgen. Die subjektive Dimension der sozioökonomischen Entwicklungen wird durch den Anteil der ‚Modernisierungsverlierer‘ in der Bevölkerung erfasst, gemessen als der Anteil derjenigen, die ihre eigene finanzielle Situation retrospektiv schlechter einstufen als die allgemeine wirtschaftliche Lage.

Die fortschreitende politische Transnationalisierung wird durch die Dauer der EG- bzw. EU-Mitgliedschaft in Jahren operationalisiert. Außerdem wird durch eine dichotome Variable berücksichtigt, ob ein Land zu einem Zeitpunkt Beitrittsverhandlungen mit der EG/EU geführt hat oder nicht. Damit wird der Grad der politischen Transnationalisierung eines Landes erfasst. Politische Entfremdungsprozesse werden als Politik-, System-, Demokratieverdrossenheit unterschieden. Der Nichtwähleranteil wird als Indiz für eine allgemeine Politikverdrossenheit angesehen. Der Anteil derer, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes negativ bewerten, wird als Verdrossenheitsphänomen gegenüber einem transnationalisierten System angesehen. Demokratieverdrossenheit wird schließlich durch den Anteil jener gemessen, die sich (sehr) unzufrieden über die nationalstaatliche Demokratie äußern.

Tabelle 1: Dimensionen der Modernisierung¹

Modernisierungsprozess	Indikator	Entfremdungsprozess	Indikator (Prozentanteile der Befragten)	
Ökonomische Globalisierung	Sozioökonomische Integration	<ul style="list-style-type: none"> • Nettohandelsrate • Wirtschaftswachstum • Arbeitslosenquote • Sozialausgabenquote • Sozialtransferquote 	Relative ökonomische Deprivation	<ul style="list-style-type: none"> • Modernisierungsverlierer (Befragte, die ihre eigene ökonomische Lage schlechter einstufen als die allgemeine Situation)
Politische Transnationalisierung	Politische Integration	<ul style="list-style-type: none"> • Dauer der EG/EU-Mitgliedschaft • Jahre der Beitrittsverhandlungen 	Systemverdrossenheit	<ul style="list-style-type: none"> • Gegner der EG/EU-Mitgliedschaft
Soziokulturelle Internationalisierung	Soziokulturelle Integration	<ul style="list-style-type: none"> • Migrantenquote • Asylbewerberquote 	Patriotismus	<ul style="list-style-type: none"> • Unzufriedenheit mit der (nationalstaatlichen) Demokratie • Wahlenthaltung • Ausgeprägter Nationalstolz
Individualisierungsprozesse		<ul style="list-style-type: none"> • Scheidungsziffer • Durchschnittliche Bildungsdauer • Starke Kirchenbindung 	Wertewandel	<ul style="list-style-type: none"> • Postmaterialisten

¹ Im Anhang sind die Indikatoren ausführlicher mit Quellenangaben dokumentiert.

Die gesellschaftliche Internationalisierung wird durch den Anteil von Migranten an der Gesamtbevölkerung, bzw. durch die Asylbewerberquote operationalisiert. Drei Variablen werden aufgenommen, die den Individualisierungsgrad der Gesellschaft berücksichtigen

sollen: die durchschnittliche Bildungsdauer, die Scheidungsrate und der Bevölkerungsanteil mit einer starken Bindung an die Kirche. Der Anteil der Postmaterialisten dient dazu den fortschreitenden Wertewandel in der Gesellschaft zu erfassen. Und schließlich werden die Anteile jener mit ausgeprägtem Nationalstolz als unabhängige Variable aufgenommen, um den Stellenwert des Nationalstaats als Identifikationspunkt zu berücksichtigen.

Analysedesign

Das Sample setzt sich zusammen aus neun westeuropäischen Ländern, in denen eine rechtspopulistische Partei mindestens einmal bei nationalen Wahlen ein Parlamentsmandat gewonnen hat. Der Untersuchungszeitraum beginnt jeweils mit der Wahl, bevor die rechtspopulistische Partei erstmals ein Parlamentsmandat gewonnen hat oder als rechtspopulistische Partei Stimmenzuwächse verbuchen konnte.¹⁴ Die abhängige Variable – der Wahlerfolg der rechtspopulistischen Parteien – bemisst sich am prozentualen Stimmenanteil der Parteien. Die Variable wurde z-standardisiert und anschließend annualisiert. Im Idealfall, sofern die Zeitreihen der unabhängigen Variablen lückenlos für alle Länder vorliegen, umfassen die folgenden Analysen 195 Fälle.

Alle, auch die unabhängigen Variablen wurden z-standardisiert. Somit werden die beachtlichen Niveauunterschiede zwischen den Ländern ausgeglichen. Eine Analyse der absoluten Länderniveaus würde außerdem zu einem Ländervergleich führen, der hier nicht beabsichtigt ist. Außerdem wird damit dem Prozesscharakter der Hypothese, dass fortschreitende Modernisierungsprozesse den zunehmenden Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien begünstigen, Rechnung getragen.

Zunächst wurden die Hypothesen aufgrund einfacher bivariater Zusammenhänge getestet und anschließend eine multiple Regressionen mit ausgewählten Indikatoren durchgeführt, um das unterschiedliche Gewicht der Faktoren abzuwägen.

14 Für Österreich und die Schweiz mußte dieses Kriterium etwas modifiziert werden, da es sich in beiden Fällen um eine Neuausrichtung einer zuvor existierenden Partei handelt, der durch einen Führungswechsel ausgelöst wurde. Für Italien wurden außerdem aufgrund der erforderlichen Kontinuität erst die Ergebnisse des seit 1994 antretenden Wahlbündnisses von Forza Italia, Alleanza Nazionale, Lega Nord und Unione dei democratici cristiani e dei democratici di centro einbezogen. Um die Vergleichbarkeit der Wahlergebnisse zu berücksichtigen wurden die Ergebnisse von Lega Nord und Casa della Libertà auch für 1996, obwohl sie getrennt zur Wahl antraten, zusammengefasst.

Rechtspopulismus – ein Begleitphänomen der Modernisierung

Die bivariaten Korrelationen der Modernisierungsvariablen mit rechtspopulistischen Stimmenanteilen belegen, dass der Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien in der Tat mit bestimmten Phänomenen der Modernisierung und des gesellschaftlichen Wandels einhergeht. Hinsichtlich der Richtung der Zusammenhänge bestätigen sich die meisten zuvor formulierten Hypothesen. Allerdings sind nicht alle Dimensionen gleichermaßen von Bedeutung.

Tabelle 2: Bivariate Zusammenhänge von Modernisierungsprozessen und rechtspopulistischen Wahlerfolgen

Prozess/Indikator	Rechtspopulistische Wahlerfolge (Stimmenanteile in Prozent)
<i>Ökonomische Globalisierung</i>	
Nettohandelsrate	.30**
Wirtschaftswachstum	-.10
Arbeitslosenquote	.25**
Sozialausgabenquote (I)	.55**
Sozialtransferquote	-.27**
Modernisierungsverlierer (I) (EB)	-.12
<i>Politische Transnationalisierung</i>	
EU-Mitgliedschaft in Jahren	.09
Jahre der EG/EU-Beitrittsverhandlungen	-.05
Systemverdrossene Europagegner (EB)	.36**
Politikverdrossene (Wahlenthaltung)	.27**
Demokratieverdrossene (I) (EB)	.20 *
<i>Soziokulturelle Internationalisierung und Individualisierung</i>	
Migrantenquote	.42**
Asylbewerberquote	.28**
Nationalstolz (I) (EB)	-.17
Durchschnittliche Bildungsdauer	.45**
Kirchenbindung (I) (EB)	-.55**
Scheidungsnummer	.50**
Postmaterialistenanteil (I) (EB)	.11

(I) Variablen wurden interpoliert.

(EB) Prozentanteile der Befragten mit entsprechenden Merkmalen.

So gehen rechtspopulistische Stimmenzuwächse in besonderem Maße mit fortschreitender Individualisierung einher. Sowohl das zunehmende Bildungsniveau, als auch die abnehmende Bindungskraft traditioneller Organisationen und familiärer Strukturen weisen starke positive Zusammenhänge mit ansteigenden Stimmenanteilen der Parteien auf. Auch die

zunehmende Heterogenisierung von Gesellschaften durch einen wachsenden Anteil von Migranten begünstigt Rechtspopulisten wenngleich in geringerem Maße.

Interessanterweise lässt sich die in der Forschungsliteratur verbreitete These, Rechtspopulismus entstehe im Kontext eines fortschreitenden Wertewandels, der Verbreitung post-materialistischer Werthaltungen, auf der Makroebene nicht bestätigen (Ignazi 2003: 34). Ebenso wenig ist die Verbreitung des Nationalstolzes – als Zeichen einer Rückbesinnung auf die Nation als Identifikationspunkt – mit dem Erfolg rechtspopulistischer Parteien gekoppelt.

Die fortschreitende ökonomische Globalisierung und eine verschlechterte sozioökonomische Bilanz gehen ebenfalls mit der zunehmenden elektoralen Unterstützung rechtspopulistischer Parteien einher. Verschlechterte wohlfahrtstaatliche Indikatoren weisen dabei den stärksten Zusammenhang auf. Denn je höher die Sozialausgaben im Verhältnis zu gesamtwirtschaftlichen Leistung werden, desto größer sind die Erfolgsaussichten der Rechtspopulisten. Sinkende Sozialtransferleistung und steigende Arbeitslosigkeit weisen einen etwas schwächeren, aber dennoch bedeutsamen Zusammenhang auf. Die These von Betz, dass wohlfahrtsstaatliche Regime den Erfolg dieser Parteien bremsen können, da sie die Auswirkungen ökonomischer Entwicklungen abfedern (Betz 2003), bestätigt sich insofern, dass höhere Sozialtransfers eher nachteilig für diese Parteien sind.

Die gesamtwirtschaftliche Bilanz selbst zeigt hingegen keine nennenswerten Parallelitäten zur Höhe der Wahlerfolge. Überraschenderweise wird die Vermutung, Rechtspopulismus sei Ausdruck wachsender ökonomischer Deprivation, das heißt eines zunehmenden Anteils von Modernisierungsverlierern in der Gesellschaft, hier ebenfalls nicht gestützt.¹⁵

Im Vergleich zu sozioökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen scheint die politische Transnationalisierung keine Rolle für den Erfolg der Rechtspopulisten zu spielen. Die fortschreitende politische Transnationalisierung ist entgegen der zweiten Hypothese in ihrem objektiven Maß nicht von Bedeutung. Ein Mobilisierungsschub zugunsten rechtspopulistischer Parteien – in den Jahren, wo über eine weitere Transnationalisierung, einen EG- bzw. EU-Beitritt, verhandelt wurde – lässt sich ebenso wenig feststellen. Allerdings erweist sich die subjektive Dimension als bedeutsam. Politische Entfremdungsprozesse, allen voran eine zunehmende Ablehnung der EU-Mitgliedschaft schaffen ein günstiges Klima für rechtspopulistische Wahlerfolge. In etwas schwächerem Maße gilt das auch für die Demokratie- und Politikverdrossenheit. Diese Zusammenhänge sind ein Indiz für den Erfolg des „populistischen Appells“ als Mobilisierungsstrategie.

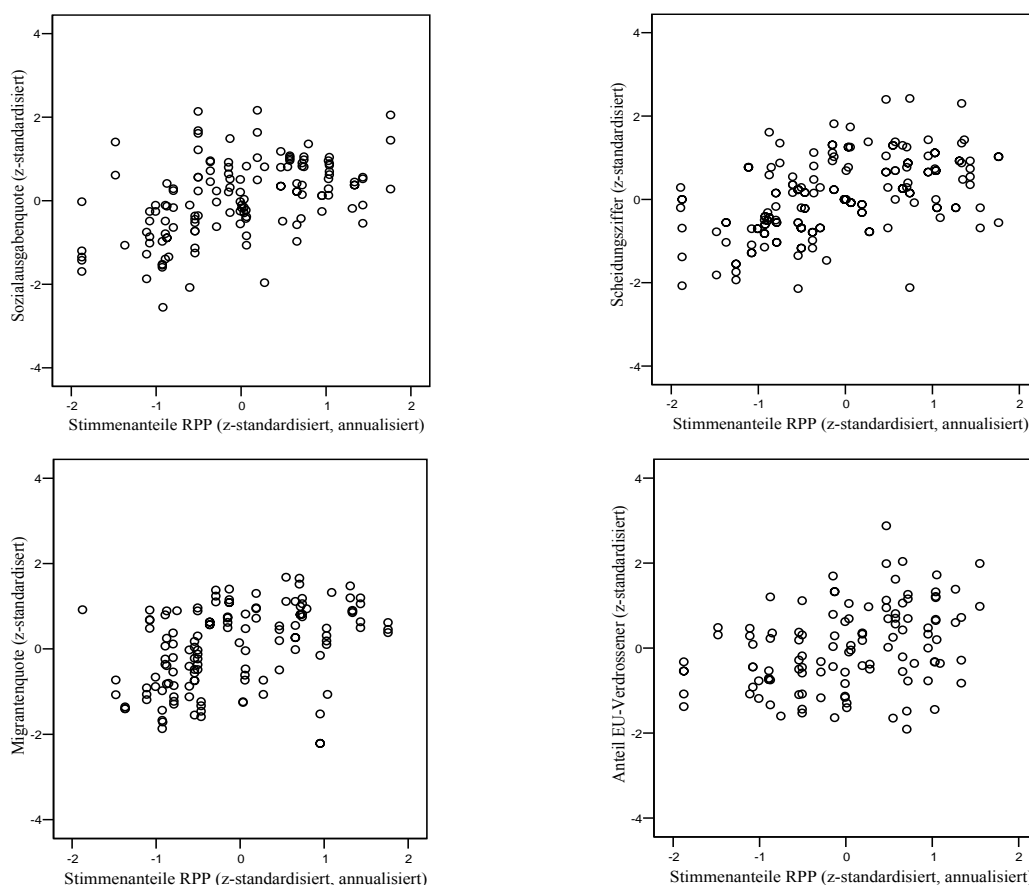
Die folgenden Streudiagramme verdeutlichen grafisch die bivariaten Zusammenhänge zwischen rechtspopulistischen Stimmenanteilen und dem jeweils stärksten Indikator einer

15 Vgl. Immerfall (1998: 250 f.).

Dimension: der Sozialausgabenquote, Scheidungsziffer, Migrantenquote und Europagegner-Anteile.

Um das unterschiedliche Gewicht der einzelnen Prädiktoren bei der Erklärung rechtspopulistischer Wahlerfolge abzuwägen, ist eine multivariate Analyse erforderlich. Für die Regressionsanalyse wurde das Prädiktorenset schon im Vorfeld, aufgrund der bisherigen Erkenntnisse modifiziert. Grundsätzlich wurde jeweils eine Variable der ökonomischen, politischen und soziokulturellen Dimension, welche die stärksten bivariaten Zusammenhänge aufgewiesen haben in das multivariate Modell aufgenommen.¹⁶ Von den Indikatoren, zur Messung der subjektiven Dimension, wurde nur die Wahlenthaltung im Modell beibehalten. Denn, abgesehen von der EU-Gegnerschaft, weisen diese Indikatoren keine bedeutenden Zusammenhänge mit dem Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien auf, würden aber die Fallzahlen erheblich verringern.

Schaubild 2: Streudiagramme der stärksten Zusammenhänge



16 Durch die Selektion lassen sich außerdem unerwünschte Multikollinearitätseffekte vermeiden.

Folglich wurden Sozialausgabenquote, Bildungsniveau und Scheidungsraten (Individualisierungsindex), Migrantenquote, Wahlenthaltung und EU-Beitritt als Prädiktoren in das Regressionsmodell einbezogen.¹⁷ Bildungsniveau und Scheidungsraten wurden zu einem additiven Index (Individualisierungsindex) zusammengeführt, um unerwünschte Multikollinearitätseffekte zu vermeiden.

Das ausgewählte Modell erklärt rechtspopulistische Wahlerfolge natürlich nicht erschöpfend. Die Nullhypothese wird aber eindeutig widerlegt und die ausgewählten Faktoren erklären immerhin rund 50% der Varianz rechtspopulistischer Wahlerfolge.

Die zunehmende Heterogenisierung der Gesellschaften durch Migration ist nicht signifikant und leistet keinen wesentlichen Erklärungsbeitrag. Deshalb wurde die Migrantenquote nachträglich aus dem Modell entfernt. Dieses Ergebnis legt nahe, dass es nicht das objektive Ausmaß von Migration, sondern die durch Rechtspopulisten geschürten Ressentiments und Bedrohungsszenarien sind, die diesem Thema seine Bedeutung in der öffentlichen Diskussion und im politischen Wettbewerb geben.

Tabelle 3: Modellzusammenfassung¹

R	R ²	Korrigiertes R ²	F	Standardfehler des Schätzers	N
.72	.52	.50	30.95	.57	120

¹ Es wurde eine OLS-Regression mit robusten Standardfehlern berechnet, um mögliche Verzerrungen der Standardfehler durch Autokorrelation aufzuheben.

Die Rangfolge der verbliebenen Prädiktoren ist recht eindeutig. Die fortschreitende Individualisierung setzt sich als stärkster Prädiktor durch. Als weiterer wichtiger Faktor für rechtspopulistische Stimmengewinne erweisen sich außerdem steigende Sozialausgabenquoten. Gesellschaftlicher Wandel und sozioökonomischer Druck auf die Sozialsysteme bereiten offenbar ein günstiges Klima, in dem Nichtwähler von Rechtspopulisten mobilisiert werden können. Die Ergebnisse in Bezug auf die Wahlenthaltung legen nahe, dass der Erfolg rechtspopulistischer Parteien auf die erfolgreiche Mobilisierung im Nichtwählerlager zurückgeht. Allerdings zeigt sich, dass die Bedrohungsmomente sozioökonomischen und gesellschaftlichen Wandels, auch unabhängig davon Effekte auf rechtspopulistische Wahlerfolge haben.

Der Prädiktor ‚EU-Beitritt‘ gewinnt im Vergleich zu den bivariaten Ergebnissen an Bedeutung, auch wenn der Schätzfehler relativ hoch ist. Die Zeitpunkte, zu denen Länder Beitrittsverhandlungen führen oder der Beitritt bevorsteht, sind demnach günstige

¹⁷ Durch den listenweisen Fallausschluss grenzt sich der Untersuchungszeitraum auf die Jahre 1980-98 ein, dadurch sind die niederländischen Fälle faktisch von der Analyse ausgeschlossen.

Momente für rechtspopulistische Parteien mit ihren europakritischen Positionen Wähler für sich zu mobilisieren.

Tabelle 4: Koeffizienten

	B	Robuste Standardfehler	Beta	T	Signifikanz	Toleranz	VIF
Individualisierungsindex	.59	.091	.55	6.5	.000	.645	1.550
Sozialausgabenquote	.24	.068	.28	3.4	.001	.626	1.596
Wahlenthaltung	-.13	.060	-.15	-2.1	.040	.730	1.370
EU-Beitritt	.36	.225	.14	1.6	.117	.923	1.084

Fazit

Rechtspopulismus ist ein Begleitphänomen der Modernisierung westeuropäischer Gesellschaften. Modernisierungsbedingte Krisensymptome in der Gesellschaft begünstigen das Erstarken rechtspopulistischer Parteien, das häufig als ein Zeichen einer politischen Krise oder zumindest als Ausdruck gravierender Defizite des politischen Systems gedeutet wird. In der Analyse konnte gezeigt werden, dass in der Tat fortschreitende Modernisierungsprozesse den Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien begünstigen. Allerdings muss zwischen unterschiedlichen Dimensionen der Modernisierung differenziert werden, da sozioökonomischer, -kultureller und politischer Wandel in sehr unterschiedlichem Maße zur Erklärung beitragen. Soziokultureller Wandel in der Gesellschaft, der Bedeutungsverlust traditioneller Sozialmilieus sowie sozioökonomischer Druck, der auf dem Sozialstaat lastet, sind die entscheidenden Faktoren und bereiten, begleitet und kanalisiert von politischen Entfremdungsprozessen, den Boden für Rechtspopulismus. Politischer Wandel spielt hinsichtlich seiner subjektiven Wahrnehmung und Deutung in der Gesellschaft eine bedeutende Rolle. Zunehmende Verdrossenheitsmomente in der Bevölkerung gegenüber dem politischen System, haben eine wichtige moderierende Funktion dabei, ob und wie stark sich sozioökonomischer und -kultureller Wandel zugunsten rechtspopulistischer Parteien niederschlägt. Insofern zeigt hier der „populistische Appell“ seine Wirkung, der politische Ziele immer auch mit der Kritik an politischen Institutionen und Akteuren verbindet. Insofern bestätigt sich die These, dass ein Ursachenbündel aus soziokulturellen und -ökonomischen Veränderungen sowie politischer Unzufriedenheit in der Bevölkerung für Rechtspopulismus – zumindest teilweise – verantwortlich ist.

Dagegen findet die vielfach diskutierte Modernisierungsverliererthese auf der Makroebene keine Bestätigung. Ein Zusammenhang zwischen rechtspopulistischen Wahlerfolgen

und sich ausbreitender, relativer ökonomischer Deprivation in der Bevölkerung lässt sich nicht feststellen. Überraschend an den Ergebnissen ist ebenfalls, dass gesellschaftliche Veränderungen, aus denen rechtspopulistische Parteien anscheinend Kapital schlagen, weniger maßgeblich sind. Die gesellschaftliche Heterogenisierung durch Zuwanderung ist weit weniger erklärungskräftig, als es das programmatische Profil der Rechtspopulisten und die starke Ablehnung der Zuwanderung durch sie erwarten lässt. Ebenso hat die politische Transnationalisierung einen geringeren Stellenwert für rechtspopulistische Wahlerfolge, als die rechtspopulistischen Mobilisierungskampagnen gegen weitere Schritte der Europäischen Integration vermuten lassen. Stattdessen sind endogene Veränderungen – Individualisierungsphänomene – westeuropäischer Gesellschaften sehr viel bedeutender bei der Erklärung rechtspopulistischer Wahlerfolge. Das Angebot rechtspopulistischer Parteien, die nationale, kulturelle, Identität zu bewahren, scheint in einer zunehmend fragmentierten und ausdifferenzierten Gesellschaft für viele ein attraktives Angebot zu sein oder eine Orientierungshilfe zu bieten. Die Einschätzung von Betz (2002: 14), dass die Bedeutung des Rechtspopulismus vor allem auf einer diskursiven Ebene liegt und „weniger Fragen der politischen Ökonomie, als Fragen der politischen Kultur im Mittelpunkt“ (Betz 2002: 14) stünden, wird durch die empirischen Ergebnisse gestützt. Allerdings greifen die häufig zu beobachtenden Reaktionen der etablierten Parteien auf die neuen Konkurrenten von rechts zu kurz, da endogene gesellschaftliche Veränderungen offenbar schwerer wiegen als exogene, durch Denationalisierung induzierte, Veränderungen. „Populistische Reflexe“, die xenophobe oder nationalistische Rhetorik der Rechtspopulisten nachahmen, oder restriktive Migrations- und Integrationspolitiken tragen dann nichts dazu bei Repräsentations- und Legitimationsdefizite zu beheben.

Anhang

Aktuelle Internetadressen rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa:

<http://www.fpoe.at/>

<http://www.bzoe.at>

<http://www.vlaamsbelang.org/>

<http://www.danskfolkeparti.dk/>

<http://www.frontnational.com/accueil.php>

<http://www.casadelleliberta.net/>

<http://www.forza-italia.it/>

<http://www.leganord.org/>

<http://www.alleanzanazionale.it/an/default.asp>

<http://www.udc-italia.it/>

<http://www.lijstpimfortuyn.nl>

<http://www.frp.no/>

<http://www.svp.ch/>

Tabelle 1: Beobachtungszeiträume und Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien

	Dänemark FRP/DF (nach 1998 nur DF)	Frankreich FN	Österreich FPÖ	Italien Casa/Polo della Liberta ¹	Norwegen FrP	Schweiz SVP	Schweden NyD	Niederlande LPF	Belgien VB
Zeitraum	1971-2004	1981-2004	1983-2004	1992-2004	1969-2004	1987-2004	1988-2004	1998-2004	1981-2004
1969					.0				
1970									
1971	.0								
1972									
1973	15.9				5.0				
1974									
1975	13.6								
1976									
1977	14.6				1.9				
1978									
1979	11.0								
1980									
1981	8.9	.3			4.5				1.1
1982									
1983			5.0						
1984	3.6								
1985					3.7				1.4
1986		10.0	9.7						
1987	4.8					11.0			1.9
1988	9.0	9.9					.0		
1989					13.0				
1990	6.4		16.6						
1991						11.9	6.7		6.6
1992				.0					
1993		12.9			6.3				
1994	6.4		22.5	42.9			1.2		
1995			21.9			14.9			7.8
1996				52.2					
1997		15.3			15.3				
1998	7.4						.0	.0	
1999			26.9			22.5			9.9
2000									
2001	12.0			49.5	14.6				
2002		11.3	10.0				.0	17.0	
2003						26.7		5.7	11.7

1 Ergebnisse von FI, AN, LN und UDC bei jeder Wahl zusammengefasst.

Tabelle 2: Indikatorenübersicht, Beschreibung und Quellenangaben

Variablen	Beschreibung	Quelle
Rechtspopulistische Wahlerfolge	Stimmenanteile rechtspopulistischer Parteien in Prozent der abgegebenen Stimmen	Ismayr (2003). Ergänzend: http://www.parties-and-elections.de
Nettohandelsrate	Exporte – Importe, Werte in Dollar; (ITS Net trade (f.o.b. – c.i.f.))	OECD Statistical compendium ed. 01/2005: Foreign trade
Wirtschaftswachstum	Wachstum des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf, prozentuale Veränderung zum Vorjahr	OECD statistical compendium ed. 01/2005: OECD ECONOMIC OUTLOOK
Arbeitslosenquote	Arbeitslosenrate	OECD Statistical compendium ed. 01/2005: OECD ECONOMIC OUTLOOK
Sozialausgabenquote	Gesamte Sozialausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt	OECD (2004), Social Expenditure Database (SOCX, www.oecd.org/els/social/expenditure).
Sozialtransferquote	Sozialtransferleistungen gemessen an Bruttoinlandsprodukt	OECD Statistical compendium ed. 01/2005: Labour market and social issues.
Anteil Modernisierungsverlierer	Auf der Individualebene wurde kalkuliert, wie Befragte ihre eigene finanzielle Situation im Vergleich zur allgemeinen ökonomischen Situation einschätzen. Der Anteil der Befragten, die ihre eigene Situation schlechter beurteilten als die allgemeine Lage wurden als Modernisierungsverlierer übernommen.	Eurobarometer Trendfile 1970-2002, Data Edition 2.00 (Variablenname: Econpast-Finapast)
EU-Mitgliedschaft in Jahren	Dauer der EG/EU-Mitgliedschaft in Jahren, seit dem Beitritt als Vollmitglied	Pfetsch (2001)
Jahre der EG/EU-Beitrittsanträge/ Beitrittsantragsverhandlungen	Dichotome Variable 1=Jahre, in denen ein Land Beitrittsanträge gestellt oder Beitrittsverhandlungen geführt hat	Pfetsch (2001)
Europagegner	Anteil der Befragten, die der Ansicht sind die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU/EG sei eine schlechte Sache	Eurobarometer Trendfile 1970-2002, Data Edition 2.00 (Variablenname: Membrshp)
Politikverdrossene	Anteil der Nichtwähler im Verhältnis zu den Wahlberechtigten	s. Stimmenanteile rechtspopulistischer Parteien
Demokratieverdrossene	Anteil der Befragten, die angeben sehr unzufrieden oder unzufrieden über die Demokratie in ihrem Land zu sein	Eurobarometer Trendfile 1970-2002, Data Edition 2.00 (Variablenname: Satisdmo)
Migrantenquote	Anteil nicht Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung (eigene Berechnungen)	OECD Statistical compendium ed. 01/2005: Labour market and social issues
Asylbewerberquote	Anteil der Asylbewerber (aktuelle Anträge) an der Gesamtbevölkerung (eigene Berechnungen)	OECD Statistical compendium ed. 01/2005: Labour market and social issues. Ergänzend: Eurostat
Patriotismus	Anteil der Befragten, die angeben stolz oder sehr stolz auf ihre Nationalität zu sein	Eurobarometer Trendfile 1970-2002, Data Edition 2.00 (Variablenname: Natpride)
Scheidungsnummer	Jährliche Ehescheidungsnummer	Eurostat Datenbank http://europa.eu.int/comm/eurostat/
Bildungsrate	Durchschnittliche Bildungsdauer der erwerbsfähigen Bevölkerung in Jahren	OECD Education at a glance
Kirchbindung	Anteil der Befragten, die angeben einmal in der Woche oder häufiger in die Kirche zu gehen	Eurobarometer Trendfile 1970-2002, Data Edition 2.00 (Variablenname: Churchat)
Postmaterialismus	Anteil der Befragten mit postmaterialistischen Einstellungen	Eurobarometer Trendfile 1970-2002, Data Edition 2.00 (Variablenname: Matpmat)

Literatur

- Aubry, Martine/Olivier Duhamel (1995): *Petit dictionnaire pour lutter contre l'extrême droite*, Paris: Seuil.
- Berking, Helmuth (2001): „Kulturelle Identitäten und kulturelle Differenz im Kontext von Globalisierung und Fragmentierung“, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 91-110.
- Betz, Hans-Georg (1994): *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, New York: St. Martin's Press.
- Betz, Hans-Georg (2001): „Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neo-liberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie“, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 167-185.
- Betz, Hans-Georg (2002): „Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung“, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, S. 251-264 (zitiert nach der Internetausgabe, <http://www.oezp.at/oezp/online/online.htm>, S. 1-20).
- Canovan, Margaret (1981): *Populism*, New York: Harcourt.
- Decker, Frank (2004): *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen: Leske + Budrich (2. Aufl.).
- Falter, Jürgen W. (1994): *Wer wählt rechts?*, München: Beck.
- Immerfall, Stefan (1998): „The Neo-Populist Agenda“, in: Hans-Georg Betz/Stefan Immerfall (Hrsg.), *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*, New York: St. Martin's Press, S. 249-261.
- Ignazi, Piero (2003): *Extreme Right Parties in Western Europe*, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Ionescu, Ghita/Ernest Gellner (Hrsg.), (1969): *Populism. Its Meaning and National Characteristics*, London: Weidenfeld and Nicolson.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), (2003): *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen: UTB (3. Aufl.).
- Ivarsflaten, Elisabeth (2002): *The populist centre-authoritarian challenge. A Revised Account of Radical Right's Success in Western Europe*, Working Paper, Nuffield College, University of Oxford.
- Loch, Dietmar (2001): „Die radikale Rechte in den westlichen Demokratien: ‚Geschlossen‘ gegen die ‚offene Gesellschaft‘?“, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schat-*

- tenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 463-496.
- Loch, Dietmar/Wilhelm Heitmeyer (2001): „Einleitung: Globalisierung und autoritäre Entwicklungen“, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 11-37.
- Pelinka, Anton (Hrsg.), (1987): *Populismus in Österreich*. Wien: Junius.
- Puhle, Hans-Jürgen (2003): „Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie“, in: Nikolaus Werz (Hrsg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen: Leske + Budrich, S. 15-43.
- Swank, Duane/Hans-Georg Betz (2003): „Globalization, the Welfare State, and Right-Wing Populism in Western Europe“, *Socio-Economic Review*, 1, S. 214-245.
- Zürn, Michael (2001): „Politische Fragmentierung als Folge der gesellschaftlichen Denationalisierung?“, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 111-139.

WZB Forschungsschwerpunkt IV „Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie“

Auswahl der Arbeitspapiere (Stand: September 2005)

Der Forschungsschwerpunkt IV „Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie“ wurde im Jahre 2003 gegründet. Discussion Papers, die ab 2003 erscheinen, haben die neue Seriennummer der Veröffentlichungsreihe: „SP IV“ gefolgt von der kompletten Jahreszahl und der Abteilungsreihenanzahl. Discussion Papers, die bis Ende 2002 veröffentlicht wurden, haben noch die alte Seriennummer der ehemaligen Forschungsschwerpunkte bzw. Abteilungen: „FS“ gefolgt von den bisherigen Schwerpunktzahlen (römisch), gekürzter Jahreszahl und der alten Abteilungsreihenanzahl oder „P“ gefolgt von der gekürzten Jahreszahl und der alten Abteilungsreihenanzahl.

Abteilung „Zivilgesellschaft und transnationale Netzwerke“ (ZTN)

2002

- FS II 02-301 Interaktionsmuster in einem Diskursverfahren zur Indikatorenentwicklung im Umweltbereich. 46 S.
Hans-Joachim Fietkau und Matthias Trénel
- FS II 02-302 Politikkonvergenz und -diffusion durch Regierungs und Nichtregierungsorganisationen. Ein internationaler Vergleich von Umweltzeichen. 67 S.
Kristine Kern und Ingrid Kissling-Näf unter Mitarbeit von Stephanie Koenen, Ute Landmann, Corine Mauch und Tina Löffelsend
- FS II 02-303 Gemeinwohl und Nachhaltigkeit – ein prekäres Verhältnis. 37 S.
Helmut Weidner

2003

- SP IV 2003-101 Discourse Quality and Political Decisions: An Empirical Analysis of Debates in the German Conference Committee. 31 S.
Markus Spörndli
- SP IV 2003-102 Protection of Traditional Knowledge—Deliberations from a Transnational Stakeholder Dialogue Between Pharmaceutical Companies and Civil Society Organizations. 48 S.
Achim Seiler, Wolfgang van den Daele und Rainer Döbert
- SP IV 2003-103 Die Umweltpolitik der rot-grünen Koalition. Strategien zwischen nationaler Pfadabhängigkeit und globaler Politikkonvergenz. 37 S.
Kristine Kern, Stephanie Koenen und Tina Löffelsend
- SP IV 2003-104 Nationale und transnationale Städtenetzwerke in der Alpenregion. 49 S.
Jeanette Behringer
- SP IV 2003-105 Überlebenschancen neu gegründeter Firmen – Ein evolutionstheoretischer Zugang. 33 S.
Eberhard Bruckner
- SP IV 2003-106 Nationale und transnationale Vernetzung polnischer Städte und Regionen. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadt und Regionalentwicklung. 89 S.
Pamela Dorsch
- SP IV 2003-107 Access to Human Genetic Resources—Materials from a Transnational Stakeholder Dialogue. 98 S.
Wolfgang van den Daele, Rainer Döbert und Achim Seiler

SP IV 2003-108 Access to Essential Medicines: Rationality and Consensus in the Conflict Over Intellectual Property Rights. 96 S.
Rainer Döbert, Wolfgang van den Daele und Achim Seiler

SP IV 2003-109 Sprottenborn: Ein online mediiertes Rollenspiel. 106 S.
Arbeitsgemeinschaft Online-Mediation (Hg.)

2004

SP IV 2004-101 Die deutschen Kommunen im Mehrebenensystem der Europäischen Union – Betroffene Objekte oder aktive Subjekte? 73 S.
Sandra Rechlin

SP IV 2004-102 Global Governance Through Transnational Network Organizations—The Scope and Limitations of Civil Society Self-Organization. 25 S.
Kristine Kern

SP IV 2004-103 Local Climate Change Policy in the United Kingdom and Germany. 50 S.
Harriet Bulkeley und Kristine Kern

SP IV 2004-104 Local Agenda 21 in Germany: An Inter- and Intranational Comparison. 37 S.
Kristine Kern, Claudia Koll und Malte Schophaus

SP IV 2004-105 Governance Beyond the Nation-State. Transnationalization and Europeanization of the Baltic Sea Region. 35 S.
Kristine Kern und Tina Löffelsend

2005

SP IV 2005-101 Kommunaler Klimaschutz in Deutschland - Handlungsoptionen, Entwicklung und Perspektiven, 107 S.
Kristine Kern, Stefan Niederhafner, Sandra Rechlin und Jost Wagner

SP IV 2005-102 Global Equity versus Public Interest? The Case of Climate Change Policy in Germany, 99 S.
Helmut Weidner

Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“ (DSL)

2002

FS III 02-201 Manifesto Coding Instructions (Second Revised Edition). 41 S.
Andrea Volkens

FS III 02-202 Contextual Effects on the Vote in Germany: A Multilevel Analysis. 27 S.
Jan Pickery

FS III 02-203 Handbuch zur Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente von Parteien und Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland. 103 S.
Andrea Volkens

FS III 02-204 Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa. 27 S.
Dieter Fuchs

2003

SP IV 2003-201 Instrumente parlamentarischer Kontrolle der Exekutive in westlichen Demokratien. 48 S.
Philipp Harfst und Kai-Uwe Schnapp

SP IV 2003-202 National Identity and Support for European Integration. 40 S.
Gary Marks und Liesbet Hooghe

2004

SP IV 2004-201 Verpflichten Menschenrechte zur Demokratie? Über universelle Menschenrechte, politische Teilhabe und demokratische Herrschaftsordnungen. 25 S.
Sonja Grimm

2005

SP IV 2005-201 Political Representation and Ethnic Conflict in New Democracies. 26 S.
Sonia Alonso und Rubén Ruiz

SP IV 2005-202 Taking Europe to Its Extremes. Examining Cueing Effects of Right-Wing Populist Parties on Public Opinion Regarding European Integration. 25 S.
Catherine E. Netjes und Erica Edwards

SP IV 2005-203 Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien – eine Folge von Modernisierungsprozessen?, 21 S.
Tanja Binder

Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und Politische Mobilisierung in Europa

2002

FS III 02-701 Wie die Löffelente bis nach Brüssel kam – oder: Wie sucht man nach europäischen Bewegungen? 37 S.
Annika Zorn

2003

SP IV 2003-401 From Imagination to Visualization: Protest Rituals in the Basque Country. 37 S.
Jesus Casquete

SP IV 2003-402 Internet: A New Potential for European Political Communication? 25 S.
Ruud Koopmans und Ann Zimmermann

SP IV 2003-403 Towards a European Public Sphere? Vertical and Horizontal Dimensions of Europeanised Political Communication. 28 S.
Ruud Koopmans und Jessica Erbe

SP IV 2003-501 Science and Civil Society: Lessons from an Organization at the Borderland. 53 S.
Gabriella Rosen

SP IV 2003-502 Between Cunning States and Unaccountable International Institutions: Social Movements and Rights of Local Communities to Common Property Resources. 30 S.
Shalini Randeria

SP IV 2003-503 Soziales Kapital „im Zeitalter materieller Interessen“. Konzeptionelle Überlegungen zum Vertrauen in der Zivil- und Marktgesellschaft des langen 19. Jahrhunderts (1780-1914). 20 S.
Sven Reichardt

SP IV 2003-504 Diskutieren in der frühen Bundesrepublik. Zur Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ zwischen Re-education und Studentenbewegung. 22 S.
Nina Verheyen

SP IV 2003-505 Zivilgesellschaft – eine Erschließung des Themas von seinen Grenzen her. 31 S.
Dieter Gosewinkel

SP IV 2003-506 Zivilgesellschaft und Protest. Zur Geschichte der Umweltbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1980 am Beispiel Bayerns. 25 S.
Ute Hasenöhl

2004

SP IV 2004-401 Über schwindende Gemeinsamkeiten: Ausländer- versus Migrantenforschung. Die Notwendigkeit eines Perspektivenwechsels zur Erforschung ethnischer Minderheiten in Deutschland am Beispiel des Projekts „Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“. 78 S.
Christian Galonska, Maria Berger und Ruud Koopmans

SP IV 2004-402 Das „Kommentariat“: Rolle und Status einer Öffentlichkeitselite. 33 S.
Barbara Pfetsch, Christiane Eilders, Friedhelm Neidhardt und Stephanie Grübl

SP IV 2004-403 Konflikte um Definitionen und Konzepte in der genderorientierten und Mainstream-Partizipationsforschung – Ein Literaturüberblick. 18 S.
Brigitte Geißel

SP IV 2004-501 Ambivalenzen der Zivilgesellschaft: Gegenbegriffe, Gewalt und Macht. 86 S.
Dieter Gosewinkel und Sven Reichardt

SP IV 2004-502 Zivilgesellschaft und nichtbürgerliche Trägerschichten: Das Beispiel der frühen deutschen Arbeiterbewegung (ca. 1830-1880). 51 S.
Jürgen Schmidt

SP IV 2004-503 Privacy, Justice and Equality. The History of Privacy Legislation and its Significance for Civil Society. 20 S.
Martin Lengwiler

2005

SP IV 2005-401 Zivilgesellschaft, Gemeinwohl und Kollektivgüter, 38 S.
Ute Hasenöhl

Arbeitsstelle „Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration“ (AKI)

2004

SP IV 2004-601 Neuere Forschungen über Intergruppenkonflikte: Konsequenzen für den Umgang mit Migration und Integration, 19 S.
Miles Hewstone

2005

SP IV 2005-601 The Effectiveness of Bilingual School Programs for Immigrant Children, 146 S.
Janina Söhn

Ohne Bestell-Nr. Zweisprachiger Schulunterricht für Migrantenkinder. Ergebnisse der Evaluationsforschung zu seinen Auswirkungen auf Zweitspracherwerb und Schulerfolg. AKI-Forschungsbilanz 2, 41 S.
Janina Söhn

Bitte die nächste Seite beachten! See the following page, please!
--

Die Arbeitspapiere können bestellt werden/Discussion papers can be ordered:

Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)
Pressestelle
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
<http://www.wz-berlin.de>

Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die Arbeitspapiere vom WZB anfordern, eine **0,51 Euro-Briefmarke pro Papier** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte Arbeitspapier einen „**Coupon-Réponse International**“ (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen. Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von Arbeitspapier per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie Ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit Ihrer eigenen Adresse versehenen **Aufkleber** bei.

Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen – wie auch dem WZB – auferlegt wurden, machen diese Maßnahme unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for Papers

We ask for a **0,51 Euro-postage stamp** per paper from all those who wish to order WZB-papers and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers **from abroad** are kindly requested to send one **“Coupon-Réponse International”** (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.

Download von Arbeitspapieren/download of discussion papers

Die meisten Arbeitspapiere stehen auf der WZB-Homepage zum Download zur Verfügung (http://www.wz-berlin.de/publikation/discussion_papers/liste_discussion_papers.de.htm).

You can download most of the discussion papers from the homepage of the WZB (http://www.wz-berlin.de/publikation/discussion_papers/liste_discussion_papers.en.htm).

